



Fraktion der  
Christlich-Demokratischen Union  
im Rat  
der Stadt Braunschweig

<b>Antrag</b>	Datum	Nummer
Öffentlich	13.06.2013	2804/13
Absender CDU - Fraktion Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	24.06.2013	
Verwaltungsausschuss	18.06.2013	
Finanz- und Personalausschuss	13.06.2013	
Betreff / Beschlussvorschlag Nachtflugverbot am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg		

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten zu beschließen:

„Das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr wird gebeten, das geltende Nachtflugverbot für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg zu überprüfen und insbesondere zu untersuchen, ob zur Minderung der Lärmbelastigung der Bevölkerung eine Änderung der Betriebsgenehmigung angezeigt ist. Gleichzeitig wird das Ministerium gebeten zu überprüfen, inwiefern moderne Flugzeuge, die in der Lärm- und CO<sub>2</sub>-Emission deutlich geringere Werte aufweisen als in der Vergangenheit, von den Beschränkungen der Betriebsgenehmigung ausgenommen werden können.“

Begründung:

Durch die gültige Betriebsgenehmigung des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg und der damit bestehenden Beschränkung von sechs Flugbewegungen in der Zeit zwischen 22:00 und 06:00 Uhr sowie der weiteren Einschränkung mit einer Flugbewegung pro Woche in der Kernzeit der Nacht existiert faktisch bereits ein Nachtflugverbot! Dieses dient der Rücksicht auf die Nachtruhe der umliegenden Bevölkerung und wurde in den vergangenen Jahren nur in geringem Maße ausgeschöpft. So wurde in 2012 die bestehende Genehmigung von sechs Flugbewegungen in der Zeit zwischen 22:00 und 06:00 Uhr lediglich zu etwas über 8 % ausgeschöpft. Des Weiteren ist zum einen durch die Verlängerung der Start- und Landebahn und damit gerade bei Landungen durch den Verzicht auf die lärmintensive Schubumkehr eine Reduktion der Geräusche eingetreten. Zum anderen hat in den vergangenen Jahren die Weiterentwicklung der Flugzeugtechnik ebenfalls eine Reduktion der Lärmemissionen bewirkt. Daher sollte das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Hannover diese Aspekte in seine Bewertung mit einfließen lassen.

Klaus Wendroth  
Fraktionsvorsitzender